

Eine Wahlbox, übertoll mit Ideen

UZNACH. Der Kanton muss die Ressourcen des Linthgebiets besser nutzen, um mit den Nachbarn Schwyz und Zürich mithalten. Davon ist die CVP überzeugt. Schwerpunkte ihrer neuen Petition «Linthgebiet stärken!» sind eine bessere Vernetzung von See und Gaster auf Strasse und Schiene sowie die Bildungsförderung.

SARAH GAFFURI

Es gehe bei der Petition nicht um Wahlkampf, betonen Yvonne Suter, Beat Jud und Peter Göldi, drei der fünf CVP-Kantonsräte aus der Region See-Gaster. Sie stellten gestern in Uznach die neue CVP-Petition «Linthgebiet stärken!» vor. Doch dann lassen sie durchblicken: Die CVP verfüge über Lösungen für Anliegen links und rechts orientierter Bürger. Damit wäre man dann doch wieder mitten im Wahlkampf. Als Partei der Mitte habe man nun aus den besten Ideen, die sich die Kantonsräte bisher schon auf die Flagge schrieben, ein Paket geschnürt. Dieses wird nun dem Volk zum Unterschreiben präsentiert. Dazu tourt die CVP Linthgebiet mit ihrer orangen Wahlbox durch die Gemeinden des Bezirks See-Gaster. Die Petition diene dazu, auch auf Kantonsebene deutlich zu

machen: Die Bevölkerung im entlegenen Teil legt Wert auf ihre Eingliederung. Sie besteht auf die Sicherung ihrer Bildungsinstitutionen, ihrer Verkehrslösungen, ihrer wirtschaftlichen Ressourcen. Ansonsten drohe das Linthgebiet im Konkurrenzkampf mit den Nachbarkantonen Schwyz und Zürich ins Hintertreffen zu geraten.

Ruf nach Stadtbahn Obersee

Dabei geht es etwa um Anliegen im öffentlichen Verkehr. Investitionen seien in neues Rollmaterial zu tätigen und in den Ausbau der Strecke Rapperswil-Uznach zur Doppelspur. Eine gute Anbindung der Pendler aus dem Gaster Richtung Zürich müsse gewährleistet sein. Nachdem sich die Bewohner des Linthgebiets in Sachen S-Bahn St. Gallen solidarisch mit dem inneren Kantonsteil gezeigt hätten, müsse nun auch die Stadtbahn

Obersee so rasch wie möglich realisiert werden.

Aber auch auf der Strasse sollen die Bewohner des Wahlkreises See-Gaster besser vernetzt werden. Die Gasterstrasse, die unter anderem Uznach entlasten soll, und die Verkehrsentslastung Rapperswil-Jona werden in der Petition ebenfalls unterstützt. «Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, die Leute in Rapperswil-Jona hätten nach ihrem Nein zum Tunnel kein Interesse mehr an einer Lösung ihrer Verkehrsprobleme», sagte Beat Jud.

BWZ-Ausbau forcieren

Yvonne Suter setzt sich mit der Interessengemeinschaft Pro Bildungsstandort Linthgebiet schon seit Monaten für die Sanierung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Rapperswil-Jona (BWZ) ein. Auch das neue Forschungszentrum der Hochschule für Technik Rapperswil-Jona (HSR) ist ihr ein Anliegen. Dass daher auch diese Wünsche Eingang in die Petition gefunden haben, überrascht nicht. «Das BWZ platzt aus allen Nähten. Dennoch hat der Kanton den dringend nötigen Neubau erst für 2023 vor-

gesehen», ärgert sich Suter. In Rapperswil-Jona sei alles dafür bereit. Die Verzögerungstaktik der Regierung ist für sie daher unverständlich.

Schliesslich fordert die CVP ein Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien an der HSR. Der Standort sei mit Nähe zu Forschung, Industrie und anderen Kantonen geradezu ideal.

Voneinander abhängig

Auch wenn es sich bei den Punkten der Petition um bereits laufende Geschäfte handelt, erhofft sich die CVP eine raschere Umsetzung der Vorschläge, wenn sie die Anliegen mit 2000 Unterschriften einreicht.

Dass das Paket so umfassend daherkommt, erklärt die CVP mit der Abhängigkeit der einzelnen Punkte voneinander: Eine renommierte Hochschule wie jene in Rapperswil nütze beispielsweise wenig, wenn sich dort nur auswärtige Studenten ausbilden liessen. Von diesen erhalte der Kanton nichts zurück. Es sei wichtig, die kantonsinternen Studierenden mit besseren Verkehrsverbindungen für eine Ausbildung in Rapperswil zu motivieren.

NOTABENE

VON MICHAEL GRIMM

Ich will doch gar keine Nüsse

In meinem privaten Umfeld haben Geschenke oder kleine Aufmerksamkeiten einen hohen Stellenwert. Wir drücken so spontan unsere Wertschätzung aus. Aber nicht alle schenken gleich oft. Gelinde gesagt besteht sogar ein beachtliches Ungleichgewicht. Das Schicksal wollte es so, dass ich eher auf der Seite der Beschenkten stehe. Was grundsätzlich schön ist, aber eben nicht nur.



Eine mir sehr wichtige Person ist eine besonders aktive Schenkerin. Sie (oder er – ich verwässere hier absichtlich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes) muss irgendwann den Eindruck erhalten haben, dass ich eine Vorliebe für Nüsse hätte. Insbesondere Baumnüsse sollen hoch im Kurs stehen. Nun ja, Baumnüsse sind eigentlich okay. Ab und zu knacke ich gerne welche. Sie gehören aber bestimmt nicht zu jenen Lebensmitteln, die ich auf eine einsame Insel mitnehmen würde.

Das blieb dieser besagten Person offensichtlich verborgen. So kommt es, dass sie mir regelmässig grössere Papiertüten voller Nüsse in den Briefkasten legt. Gut möglich, dass die/der Schenkende eigens in einem Laden einkauft, der für die hohe Qualität seiner Nüsse bekannt ist. Wahrscheinlich ist auch, dass die Person beim Schliessen meines Briefkastentürchens ein wohliges Gefühl purer Nächstenliebe empfindet.

Mein Gefühl beim Öffnen unterscheidet sich davon deutlich. Ich würde die Regung sogar als Ärger bezeichnen. Und noch mehr ärgere ich mich, dass ich mich über die lieb gemeinte Geste ärgere. Und dann ärgere ich mich auch noch über mich. Hätte ich nach dem dritten Kilo Baumnuss etwas Rückgrat bewiesen und das Missverständnis aufgeklärt, stünde ich nicht dauernd dieser Nusschwemme gegenüber. Nicht einmal mit der Hilfe meiner Familie werden all die Baumnüsse verzehrt – geschweige denn, nach dem Besuch des Samichlaus, der ebenfalls sehr grosszügig war.

Und jetzt kann ich nicht mehr zurück. Wie sähe das denn aus? Und wie fühlte sich mein Wohltäter? Es scheint, ich müsste für meine Unaufrichtigkeit noch lange büssen müssen. Da ist es nur natürlich, dass mir inzwischen der alleinige Anblick dieser Nussorte gehörig auf die Nerven geht.



Die CVP im Wahlkampf (von links): Beat Jud und Yvonne Suter (Kantonsräte), Sandro Morelli (Kantonsratskandidat), Peter Göldi (Kantonsrat). Bild: Sarah Gaffuri

Der «Freienbacher Dialog» gab zu reden

FREIENBACH. Am Mittwochabend wurden die Ergebnisse des «Höfner Dialogs» präsentiert. Die Freienbacher sollen sagen, ob und wie sie die Verkehrsprobleme lösen wollen. Der «Freienbacher Dialog» stand denn auch im Zentrum der öffentlichen Diskussion.

PATRIZIA KURIGER

Die Idee des «Freienbacher Dialogs» stiess bei den rund 120 anwesenden Bürgerinnen im Gemeinschaftszentrum in Freienbach grundsätzlich auf positives Interesse. Sie wurde am Mittwochabend im Rahmen der Schlussveranstaltung des «Höfner Dialogs» vorgestellt (die «ZSZ» berichtete gestern). Analog zum «Höfner

Dialog» soll die Bevölkerung im «Freienbacher Dialog» ihre Meinung kundtun, wie die Verkehrsprobleme in der Gemeinde zu lösen seien. Ziel ist es, die Behörden mit klaren Ansagen wieder zum Handeln zu befähigen. Dieser Dialog werde lösungsoffen geführt, sagte Gemeindepräsident Kurt Zurbuchen. In der öffentlichen Diskussion, die sich an den Informationsteil der Veranstaltung anschloss, standen Fragen zu Inhalt und Ablauf des Prozesses im Vordergrund.

Diskussion nur mit Grundlage

Damit der Dialog etwas bringt, sehen die Bürger die Behörden in der Pflicht. Diese müssten saubere, umfassende und prospektive Unterlagen bereitstellen, welche Auskunft geben über das tatsächliche Verkehrsaufkommen sowie die Orts-

und Raumplanung. Solche Diskussionen seien nur fruchtbar, wenn sie auf der Grundlage von verlässlichen und aussagekräftigen Zahlen und Fakten geführt würden, war die verbreitete Meinung im Saal.

Ein kritisches Votum stellte den ambitionierten Zeitplan infrage. Seit mehr als 20 Jahren werde über die Verkehrsproblematik diskutiert, geschehen sei nichts. Warum solle man nun in den kommenden Monaten weiterkommen, war die provokative Frage. Der Schwyzer Baudirektor Othmar Reichmuth bekannte sich zum abgesteckten Zeitrahmen. Die gesammelten Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre sollen in den Dialog einfließen. Irgendwann müsse aber eine Entscheidung gefällt werden. Sekundiert wurde er von Gemeindepräsident Kurt Zurbuchen, der darauf hinwies, dass vie-

le Grossprojekte Generationenprojekte seien, die erst nach langer Zeit zur Entscheidungsreife kämen.

Offene Kommunikation

Jürg Rückmar wollte wissen, wer in die Spurguppe aufgenommen werde und wie diese Auswahlentscheide getroffen würden. Diese 12- bis 15-köpfige Gruppe wird die Grossveranstaltungen des «Freienbacher Dialogs» vorbereiten. Sie übernimmt damit eine wichtige gestaltende Aufgabe. Dieter Achtnich, der den Dialog moderieren wird, betonte, über das Auswahlverfahren werde offen kommuniziert. Er werde gemeinsam mit der Gemeinde über die Besetzung entscheiden, falls sich mehr als 15 Interessenten melden sollten. Wichtig sei eine breite Vertretung aller Interessengruppierungen innerhalb der Gemeinde.

Auffahrunfall auf der A3

WEESEN. Am Donnerstagmorgen um 730 Uhr kam es auf der Autobahn A3 zu einem Auffahrunfall, durch den Sachschaden entstand. Der Lenker eines Personewagens war nach der Einfahrt Weesen auf der Überholspur in Fahrtrichtung Chur unterwegs gewesen. Wegen eines Spurabbaus verlangsamte er seine Fahrt und wollte anschliessend auf die rechte Fahrspur wechseln. Der Lenker eines nachfolgenden Wagens, ein 21-jähriger Schweizer, bemerkte das Manöver aber zu spät, worauf es zum Zusammenstoss kam. Dies schreibt die Kantonspolizei Glarus in einer Mitteilung. Beide Fahrzeuge wurden durch den Zusammenprall beschädigt, Personen wurden keine verletzt. Der Verkehr wurde durch den Unfall nur geringfügig beeinträchtigt. (e)